

# Europa geht auch solidarisch!

von | Klaus Busch, Axel Troost, Gesine Schwan, Frank Bsirske, Joachim Bischoff, Mechthild Schrooten und Harald Wolf

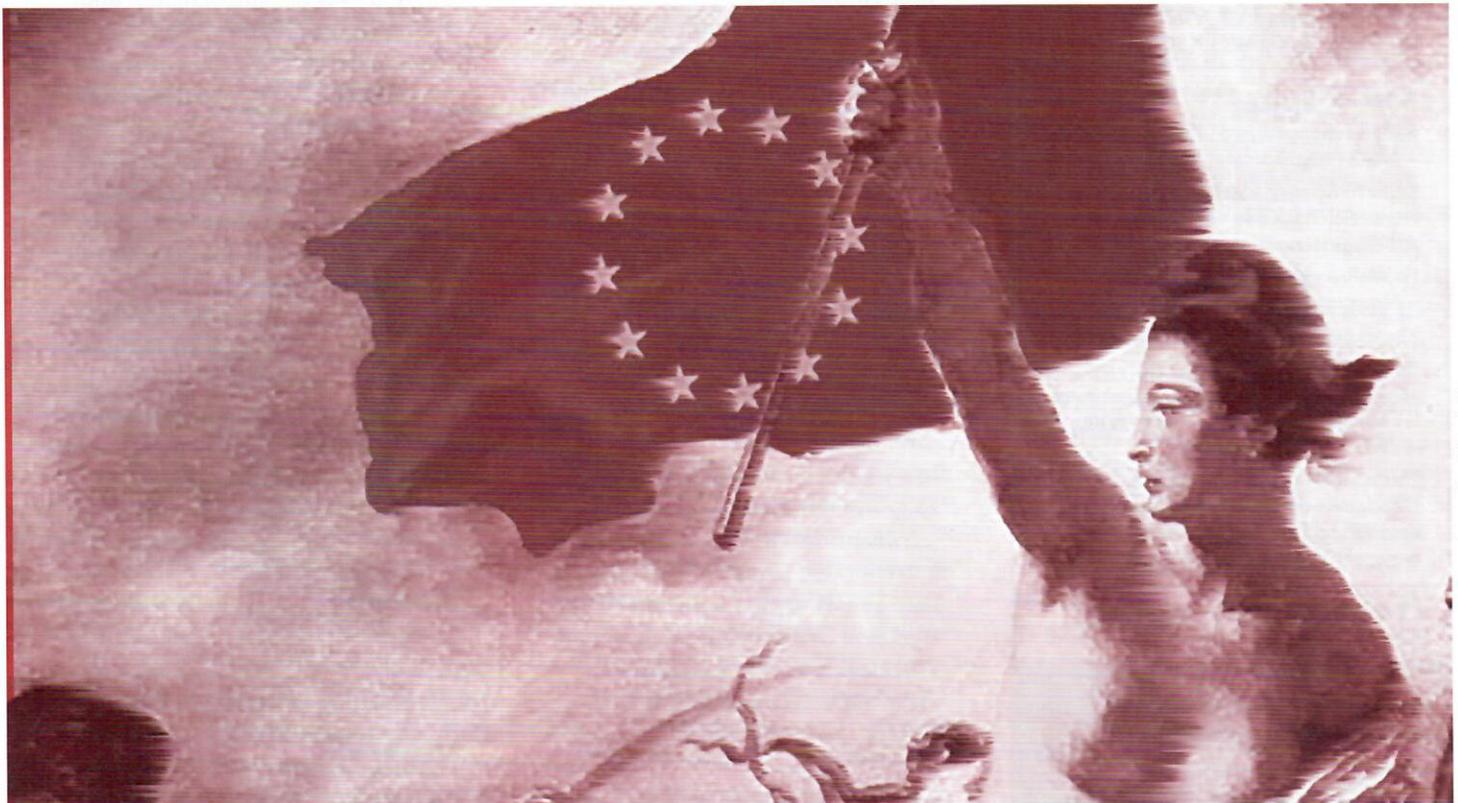
Die europäische Integration befindet sich in der schwierigsten Phase seit Inkrafttreten der Römischen Verträge. Die Europäische Union (EU) zeigt sich nicht in der Lage, die Strukturängel der Maastrichter Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu heilen. In der Flüchtlingskrise ist es den EU-Mitgliedstaaten nicht gelungen, eine gemeinsame Politik mit einem gemeinschaftlichen Verteilungsschlüssel für Zufluchtssuchende zu entwickeln. Das Vertrauen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten erodiert. Das Verhältnis zwischen der EU und den Mitgliedsländern ist angespannt. In etlichen Teilen Europas haben sich Re-Nationalisierungstendenzen verstärkt. Für die EU am folgenreichsten sind diese nationalistischen

Bestrebungen in Großbritannien zutage getreten, wo am 23. Juni 2016 eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für einen Austritt aus der EU gestimmt hat (Brexit). Diese Streitschrift widmet sich den zentralen Krisenprozessen der EU und zeigt Lösungsvorschläge zu ihrer Überwindung auf. Untersucht werden

- die ökonomischen und sozialen Krisen der EU sowie die problematischen Re-Nationalisierungstendenzen;
- die Flüchtlingskrise, der Bruch mit der Willkommenskultur sowie das Konzept einer »Festung Europa«;
- die Konstruktionsängel des Maastrichter Vertrages sowie die ökonomischen und sozialen Folgen der Austeritätspolitik in der Eurozone;

- die »linken« Ausbruchsversuche aus dem Euroregime. Dabei wird deutlich, dass die Eurexit-Position in

*Klaus Busch* ist Professor (i.R.) für Europäische Studien an der Universität Osnabrück, *Axel Troost* ist stellvertretender Vorsitzender der LINKEN und finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, *Gesine Schwan* ist Mitgründerin und Präsidentin der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform und Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand, *Frank Bsirske* ist Vorsitzender von ver.di und Mitglied von Bündnis90/Die Grünen, *Joachim Bischoff* ist Mitherausgeber von Sozialismus, *Mechthild Schrooten* ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen, *Harald Wolf*, ehemaliger Wirtschaftssenator in Berlin, ist Mitglied des Abgeordnetenhauses und des Parteivorstands der LINKEN. Bei dem Beitrag handelt es sich um die Einleitung, Auszüge aus dem Kapitel 4 und den Schluss der »Streitschrift für eine andere Europäische Union«, die unter dem Titel »Europa geht auch solidarisch« soeben bei VSA: erschienen ist.



Umschlaggrafik aus »Europa geht auch solidarisch«

# DIE SINNE SCHÄRFEN. JETZT TESTEN:

**4 Ausgaben für 10 €**  
Bestellungen unter [www.akweb.de](http://www.akweb.de)

# ak

**analyse & kritik**  
Zeitung für linke Debatte und Praxis

# express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE  
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 10/16 u.a.:

Stefan Schoppengerd: »Fett exportieren«  
- NGG-Fleischkonferenz

Bernard Schmid: »Stellungskämpfe« -  
Frankreich nach der Verabschiedung des  
Arbeitsgesetzes

Pit Wuhler: »Vorschnelle Befürchtungen«  
- Nachtrag zum Brexit

»Rotes Gold« - Interview zur Arbeit von  
»Campagne in Lotta«

Marion Bayer/Hagen Kopp: »Umkämpf-  
tes Mittelmeer« - zur Situation an den  
südlichen EU-Außergrenzen

Gaston Kirsche: »Ausgespielt im  
Goodgame-Empire« - Betriebsratsverhin-  
derung und Entlassungen bei einem  
preisgekrönten »Start Up«

**Probelesen?!** kostenfreies  
Exemplar per mail oder web anfordern

**Niddastraße 64**  
**60329 FRANKFURT**  
**[express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)**  
**[www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)**

mehrfacher Hinsicht große Argumen-  
tationsschwächen aufweist. Ihre poli-  
tische Umsetzung würde die EU, aber  
auch die Exit-Staaten, in massive so-  
zialökonomische Krisen stürzen.

[...]

## Raus aus dem Euro? Eine Kritik der linken Ausstiegsvorschläge

Auch in Teilen der europäischen Lin-  
ken hat aufgrund der Eurokrise sowie  
der ökonomischen und sozialen Folgen  
der Austeritätspolitik die grundsätzliche  
Kritik an der Maastrichter WWU an  
Fahrt gewonnen. Während eine Mehr-  
heitsströmung auf radikale Reformen  
an der Struktur der WWU setzt, wie  
sie teilweise bereits bei deren Einfüh-  
rung angemahnt wurden, geht eine Min-  
derheitsposition so weit, die Auflösung  
des Eurosystems zu fordern und für ein  
neues Europäisches Währungssystem  
(»EWS II«) zu werben. Im Folgenden  
werden die zentralen Argumente dieser  
Eurexit- und Lexit-Verfechterinnen und  
Verfechter (Eurexit 2016; Lexit 2016)  
vorgestellt und kritisch beleuchtet. Es  
zeigt sich, dass die ökonomischen Ar-  
gumente dieser Fraktion nicht überzeugen  
können.

Eine Auflösung des jetzigen Euro-  
regimes wird im Wesentlichen aus drei  
Gründen gefordert:

■ In einem gemeinsamen Währungs-  
system ohne ausreichende Arbeits-  
kraftmobilität und ohne einen finan-  
ziellen Ausgleichsmechanismus seien  
Staaten, die an Wettbewerbsfähigkeit  
verloren hätten und große Leistungs-  
bilanzdefizite verzeichneten, auf das  
Instrument der »internen Abwer-  
tung« angewiesen, um ihre Wettbe-  
werbsposition wieder verbessern zu  
können. Sie müssten also Reallohn-  
senkungen durchsetzen, um so preis-  
lich wieder an Wettbewerbsfähigkeit  
zu gewinnen. Dies sei unsozial und  
schwäche die Gewerkschaften in den  
betreffenden Ländern. Bei der Rück-  
kehr zu nationalen Währungen oder  
zu einem System anpassungsfähiger  
Wechselkurse (EWS II) könnten  
diese Staaten dagegen ihre Wäh-  
rungen *abwerten* und so ihre Lei-  
stungsbilanzposition wieder verbes-  
sern. Sie könnten so nach Auffassung

dieser Position die unsozialen Effekte  
einer »internen Abwertung« im Eu-  
roverbund vermeiden (Lexit 2016).

■ Als Alternative zur Wirtschafts- und  
Währungsunion Maastrichter Pro-  
venienz würde sich nach Auffas-  
sung der Anhängerinnen und An-  
hänger von »Eurexit« und »Lexit«  
ein Währungssystem anbieten, wie  
es von 1978 bis 1993 im Rahmen der  
EU realisiert worden sei (*EWS II*).  
Ein solches System fester, aber an-  
passungsfähiger Wechselkurse sei  
einem System flexibler Wechselkurse  
vorzuziehen, weil es hier zu »erra-  
tischen« Kursentwicklungen und da-  
mit starken Über- und Unterbewer-  
tungen der Wechselkurse kommen  
könne.

■ Durch einen Austritt aus dem Euro  
könnten die Staaten darüber hinaus  
erneut an *Autonomie in ihrer Wirt-  
schafts- und Finanzpolitik* gewinnen.  
Die erniedrigenden Eingriffe, die sie  
im Eurosystem vermittelst des Sta-  
bilitätspakts oder bei der Annahme  
von Krediten im Rahmen des Euro-  
päischen Stabilitätsmechanismus  
(ESM) erdulden müssten, würden  
fortfallen. Sowohl der Stabilitätspakt  
als auch der ESM würde die Staaten  
mit hohen Haushaltsdefiziten und/  
oder nicht tragfähigen Schuldenquo-  
ten zu einer überzogenen Sparpoli-  
tik zwingen, die das Wachstum und  
die Beschäftigung beeinträchtigt und  
mit negativen sozialen Effekten bei  
Löhnen und sozialen Sicherungssys-  
temen einhergehe. Eine Rückkehr  
zu einer nationalstaatlichen Wirt-  
schafts- und Finanzpolitik sei vor die-  
sem Hintergrund eine bessere Lö-  
sung (Eurexit 2016).

Im Folgenden wird dargelegt, dass diese  
drei Argumente letztlich nicht tragen (in  
diesem Auszug beschränken wir uns auf  
den letzten der drei Einwände).

[...]

## Euro-Ausstieg: Hoher Preis für wenig Autonomie und die Gefahr einer Schuldenfalle

Die Vorstellung, mit einer Auflösung der  
Eurozone könnten die Nationalstaaten  
eine größere Eigenständigkeit in der Ge-  
staltung ihrer Wirtschafts- und Finanz-

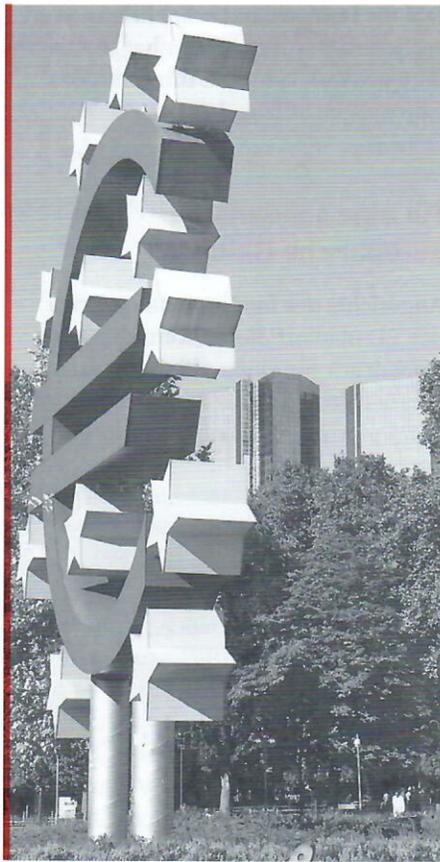
politik erlangen und damit progressive Regierungen etwa eine expansive Geld- und Fiskalpolitik betreiben, über- sieht die Einbettung der europäischen Staaten in die internationalen Finanzmärkte und die sich daraus ergebenden Einschränkungen in ihren wirtschafts- politischen Handlungsmöglichkeiten (siehe dazu Busch 2016, 82ff.).

Die Auflösung der Eurozone und die Rückkehr zu nationalen Währungen wäre für eine längere Übergangszeit sowohl in den Ländern, die gegenwärtig über Leistungsbilanzüberschüsse und unterdurchschnittliche Staatsschuldenquoten verfügen (im Folgenden Gläubigerstaaten), als auch in den Staaten, die gegenwärtig Leistungsbilanzdefizite und überdurchschnittliche Staatsschuldenquoten aufweisen (im Folgenden Schuldnerstaaten), mit größeren Anpassungsproblemen verbunden.

In den Gläubigerländern käme es zu einer Aufwertung ihrer nationalen Währungen und damit zu vorübergehenden Wachstums- und Beschäftigungseinbußen. Für das größte Überschussland der Eurozone, Deutschland, das gleichzeitig eine hohe Exportquote aufweist, würden sich deutliche Wohlstandsverluste einstellen.

Wesentlich dramatischer wären jedoch die Folgen für die Schuldnerstaaten. Deren Währungen würden stark abwerten, was von den Befürwortern einer Abkehr vom Euro als der entscheidende Vorteil dieses Schritts betrachtet wird. Doch nach der Wiederherstellung der nationalen Währungsstrukturen würde sich sofort zeigen, dass die Staaten der ehemaligen Eurozone sehr unterschiedliche Haushaltsdefizite und Staatsschuldenquoten aufweisen.

Die Staaten mit hohen Haushaltsdefiziten und hohen Schuldenquoten würden an den internationalen Kapitalmärkten im Vergleich zu den Gläubigerstaaten unmittelbar einen deutlichen Anstieg der Zinssätze für ihre Staatsanleihen hinnehmen müssen. Diese Spreads in der Zinsstruktur fallen im Moment aufgrund der Intervention der EZB (»whatever it takes«) sehr gering aus, würden sich aber bei einer Auflösung des Euro sofort wieder zeigen. Denn die EZB gäbe es nicht mehr oder aber sie wäre nach



Eurosulptur in Frankfurt a.M. (Foto: wikimedia)

einem Ausstieg aus dem Euro für das betreffende Land nicht mehr zuständig. Am Beispiel Portugals können wir aktuell studieren, wie die Finanzmärkte eine progressive Regierung trotz der nach wie vor stattfindenden Eingriffe der EZB abstrafen. Der Zinssatz für Staatsanleihen ist auf 3% angestiegen und würde zweistellige Werte erreichen, wenn Portugal den Euroverbund aufgeben würde.

Gleichzeitig würden die Staatsschulden der Abwertungsländer – in nationaler Währung gerechnet – deutlich ansteigen. Damit würden sich die Abwertungsländer in einer Zins- und in einer Schuldenfalle befinden. Weder könnten sie ihre Haushaltsdefizite im ausreichenden Maße über den Verkauf von Staatsanleihen an ausländische Kapitalgeberinnen und Kapitalgeber finanzieren, weil ihre Zinslast dramatisch ansteigen würde, noch könnten sie deshalb ihre Leistungsbilanzdefizite finanzieren, denn dies würde größere Kapitalimporte in Form von Käufen nationaler Staatstitel durch Ausländerinnen und Ausländer erfordern. Die Regierungen der Schuldnerstaaten wären – das ist die Konse-

quenz dieser makroökonomischen Entwicklung und unabhängig davon, ob die Regierungen sich links oder rechts orientierten – zu einer drastischen Austeritätspolitik in den öffentlichen Haushalten gezwungen. Nur so ließen sich die Doppeldefizite in Staatshaushalt und Leistungsbilanz eventuell noch finanzieren. Wachstumseinbrüche, ein stärkerer Anstieg der Arbeitslosigkeit, Lohneinbußen und ein Abbau in den sozialen Sicherungssystemen wären die Ergebnisse dieser Entwicklung. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wären diese Staaten dann erneut auf öffentliche Kredite internationaler Institutionen, wie den IWF, angewiesen. Diese würden als Bedingung für die Kredite die Durchsetzung der oben beschriebenen Austeritätspolitik verlangen.

Berücksichtigt man ferner die obige Argumentation über den Zusammenhang von Abwertungen und Reallohnentwicklung, ergäbe sich für die aus dem Eurosystem ausscheidenden Schuldnerländer ein doppelter Zwang zur Deflation. Einerseits aufgrund des Versuchs, über Abwertungen zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu gelangen, was nur bei einem entsprechenden Abbau der Reallöhne gelingen kann. Andererseits aufgrund des Anstiegs des Zinsniveaus und der Finanzierungseingpässe in den öffentlichen Haushalten.

Es erweist sich damit als recht naive Vorstellung, dass mit der Auflösung der Wirtschafts- und Währungsunion die bisherigen Eurostaaten einen größeren Spielraum für eine fortschrittliche Wachstums-, Beschäftigungs-, Sozial- und Lohnpolitik erlangen könnten. Die Abwertungspolitik würde einen Druck auf die Reallöhne auslösen und die sich aus der Rückkehr zu nationalen Währungen ergebenden Zinseffekte würden eine Sparpolitik in den öffentlichen Haushalten erzwingen.

Noch dramatischer, aber nicht unrealistisch, beschreibt Stephan Schulmeister die Folgen einer Euroabwicklung (Schulmeister 2013). Er sieht die Gefahr eines Wirtschaftskrieges, weil sich Gläubiger- und Schuldnerstaaten bei der Rückabwicklung des Euro nicht darauf einigen könnten, in welche nationale Währung die Staatsschulden

zu transformieren seien. Es käme deshalb entweder zu Staatsbankrotten und in deren Folge zu einer generellen Finanzschmelze oder zu massiven Abwertungen in den Schuldnerländern, die aber die realwirtschaftliche Lage in den »Südstaaten« nicht verbessern würden, weil die Abwertungswettläufe zu einer Schrumpfung des Gesamthandels führten. Währungsabwertungen hätten die »Südstaaten« schon zwischen 1973 und 1999 ohne Erfolg ausprobiert. Die ökonomischen, sozialen und politischen Folgen einer Auflösung der Währungsunion wären so gewaltig, dass sie schlagartig die nationalistischen Feindseligkeiten in Europa intensivieren und in einen Wirtschaftskrieg münden würden.

Die Hauptschwäche der Eurexit-Position besteht in der mangelhaften Analyse eines Übergangsprozesses vom Euro zu einem System anpassungsfähiger Wechselkurse (EWS II), der – wie gerade dargestellt – für alle Beteiligten in eine große Krise münden würde, am stärksten in den Schuldnerländern. Während Höpner/Spielau noch kein Plädoyer für den Übergang zu einem EWS aussprechen mögen, weil die Übergangskosten schwierig zu analysieren seien (Höpner/Spielau 2015, 29f.), schlagen Höpner/Scharpf/Streeck (2016, 15) eine schrittweise Annäherung an ein EWS II vor. Dabei solle die EZB verhindern, dass die Schwachwährungen ins Bodenlose fallen. Warum aber soll die EZB durch Interventionen Schwachwährungen in ihre Bilanz nehmen, deren Kurse – wie viele Erfahrungen in der Vergangenheit zeigen – am Ende gegen die Spekulation doch nicht zu verteidigen sind und der EZB damit Bilanzverluste bescheren?

Auch Joseph Stiglitz (...) mogelt sich an einer Analyse der Übergangskrise vorbei. Seine Hoffnung, dass Deutschland und einige Hartwährungsländer den Euro verlassen und nicht die Schwachwährungsländer, ist ein frommer Wunsch. Warum soll Deutschland durch eine Aufwertung gegenüber den restlichen Euroländern die Kosten der Umstellung der Schulden auf sich nehmen? Der von den Schuldnerländern in Euro zu leistende Zins- und Schuldendienst würde nach der Aufwertung der

DM für Deutschland erheblich an Wert verlieren. Darüber hinaus hat Deutschland generell keinerlei Interesse, das Eurosystem aufzugeben!

[...]

## Für eine solidarische Europäische Union

Angesichts der fundamentalen Krise der EU plädiert diese Streitschrift mit Nachdruck für einen »Plan A«, durch den der Euro und die EU über eine Radikalreform stabilisiert werden sollen. Ansatzpunkte sind eine gemeinsame Sozial- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten ebenso wie eine dezidierte Demokratisierung der EU. Das Konzept des »Plan B«, eines Ausstiegs aus dem Euro, wird dagegen entschieden abgelehnt, weil die Eurozone und die EU durch eine Rückkehr zu nationalen Währungen in eine noch schwerere ökonomische Krise gestürzt würden – am stärksten übrigens die schwächer entwickelten Mitgliedstaaten. Eine solche ökonomische Krise würde auch den Binnenmarkt zerstören und die Europäische Union dürfte eine solche schwere Krise politisch kaum überleben.

Die Argumentation der Anhängerinnen und Anhänger des »Plan B«, ein »Plan A« ließe sich politisch nicht durchsetzen, lässt sich ohne Weiteres umkehren. Auch für einen »Plan B« gibt es heute in der EU nur an den politischen Rändern eine Unterstützung. Mehrheitsfähig ist »Plan B« nicht, alle wichtigen Mitgliedstaaten sperren sich mit Recht gegen dieses Konzept.

Der politische Mainstream schließlich verfügt zwar über politische Mehrheiten, hält aber keine Lösungen zur Überwindung der Krise der EU bereit. Die von den Staats- und Regierungsspitzen im September 2016 in Bratislava beschlossenen kleinen pragmatischen Schritte zur Weiterentwicklung der EU sind weder geeignet, die Flüchtlingskrise zu überwinden, noch werden sie zur Bewältigung der großen ökonomischen und sozialen Krise führen. Aufgrund der tiefgreifenden Defizite der Maastrichter Wirtschafts- und Währungsunion und des ökonomischen und sozialen Kahlschlags, den die europäische Austeritätspolitik vor allem

in Südeuropa angerichtet hat, sehen die Kritikerinnen und Kritiker am rechten und am linken Rand des politischen Spektrums vielfach nur noch eine Lösung in der Rückkehr zum Nationalstaat bzw. der Auflösung oder des Rückbaus des Euro. Sie übersehen dabei einerseits die genannten großen politischen und ökonomischen Risiken ihres Weges. Sie übersehen andererseits die Ohnmacht der Nationalstaaten bei der Bewältigung und Kontrolle der globalen ökologischen und ökonomischen Probleme der Welt, einschließlich der Krisenanfälligkeit der internationalen Finanzmärkte sowie der weiter wachsenden Migrations- und Flüchtlingsbewegungen. Die zentrale Botschaft dieser Streitschrift liegt in der These, dass die EU und der Euro sich reformieren lassen. Durch die Einführung der beschriebenen Reformen, wie der alternativen Wirtschaftspolitik, der Ausgleichsunion, der gemeinsamen Schuldenpolitik, der Schritte auf dem Wege zu einer europäischen Sozialunion sowie einer demokratisch gewählten und kontrollierten Europäischen Wirtschaftsregierung, lassen sich die EU und der Euro wirkungsvoll in Richtung eines solidarischen Europas transformieren.

Die Europäische Union wird nur überleben, wenn sie den Diskurs um die beste Vision für ihre Zukunft aufnimmt und im politischen Raum die progressiven Kräfte das Modell eines solidarischen Europas durchsetzen können.

## Literatur

- Busch, Klaus (2016): Das Versagen Europas – die Euro- und die Flüchtlingskrise sowie die »Brexite«-Diskussion, Hamburg
- Eurexit (2016): Aufruf: Initiative Eurexit – Eine Alternative zum Euro, Berlin, [www.eurexit.de](http://www.eurexit.de)
- Höpner, Martin/Scharpf, Fritz/Streeck, Wolfgang (2016): Europa braucht die Nation, in: »Die Zeit«, 39/2016
- Höpner, Martin/Spielau, Alexander (2015): Diskretionäre Wechselkursregime: Erfahrungen aus dem Europäischen Währungssystem, 1979-1998, in: MPIfG Discussion Paper, 11/2015
- Lexit (2016): Manifest: Weg mit dem Euro-Regime, Wien, <http://lexit-network.org>
- Schulmeister, Stephan (2013): Euroabwicklung: Der finale Schritt in den Wirtschaftskrieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2103
- Stiglitz, Joseph E. (2016): The Euro and Its Threat to the Future of Europe, London